

Medienbeobachtung

12.07.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Finanzausgleich: Länderchefs werfen Bund „Hinhalten“ vor**
12.07.2023 , Kurier Seite 6

Kurier vom 12.07.2023

Finanzausgleich: Länderchefs werfen Bund „Hinhalten“ vor

Steuern. Bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich wird die Wortwahl schärfer. Die Landeschefs haben am Dienstag eine „Hinhaltenaktik des Bundes“ beklagt; diese sei eine Gefahr für die Daseinsvorsorge, hieß es nach einem Treffen im Wiener Rathaus, an dem vier Landeshauptleute teilnahmen. Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) kündigte außerdem eine Sonder-LH-Konferenz an. Bei dem Treffen in Wien waren Hans Peter Doskozil (Burgenland, SPÖ), Thomas Stelzer (Oberösterreich, ÖVP), Markus Wallner (Vorarlberg, ÖVP) und Gastgeber Michael Ludwig (SPÖ) dabei.

„Aufgrund der deutlich ansteigenden Aufgabenbereiche von Ländern und Gemeinden ist die Neuverteilung der gemeinsamen Ertragsanteile unerlässlich. Wir fordern daher eine Erhöhung des vertikalen Schlüssels auf 24,959 Prozent für die Länder und 14,55 Prozent für die Gemeinden. Nur so können wir eine nachhaltige Daseinsvorsorge für die Bevölkerung sicherstellen“, hieß es. Der in der Vorwoche eingebrachte Vorschlag des Bundes stelle eine Gefahr für die Versorgung der Bevölkerung dar. „Denn trotz der prognostizierten demografischen Entwicklung werden vom Bund etwa im Bereich der Pflege keine Mittel zusätzlich zur Verfügung gestellt.“

Das Finanzministerium verwies darauf, dass es bereits zusätzliche Mittel gebe. Finanzminister Brunner habe längst dargelegt, dass der Bund bereit sei, für die Bereiche Gesundheit, Pflege oder Kinderbetreuung deutlich mehr Geld in die Hand zu nehmen.

Bild: Brunner: Bund stellt für Gesundheit mehr Geld bereit;

Quelle	Kurier
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Sprache	Deutsch



Karl Nehammer besuchte am Montag den Regierungsbunker in St. Johann im Pongau, dem Herzstück der österreichischen Luftraumüberwachung

„Kickl ist ein Sicherheitsrisiko“

Kampfansage. Noch nie zuvor hat Karl Nehammer als ÖVP-Bundeskanzler den FPÖ-Parteichef so scharf attackiert. Auslöser war die Debatte um „Sky Shield“

VON MARTIN GEBHART

Zuletzt hatten gleich mehrere ÖVP-Regierungsmitglieder ausgeschlossen, nach der kommenden Nationalratswahl einer Regierung mit FPÖ-Chef Herbert Kickl anzugehören. (siehe KURIER vom 8.7.2023) Jetzt hat auch ÖVP-Bundeskanzler Karl Nehammer gegenüber Journalisten klargestellt, dass er den blauen Parteiobmann nicht in einer Regierung haben will. Seine Begründung: „Ich halte Herbert Kickl für ein Sicherheitsrisiko.“

Es dürfte nicht zuletzt die Debatte über den geplanten europäischen Schutzschirm „Sky Shield“ gewesen sein, die Nehammer zu dieser Kampfansage veranlasst hat. Der Kanzler und seine Verteidigungsministerin Klaudia Tanner stehen ja voll dahinter, dass gemeinsam mit 18 anderen Staaten – fast ausschließlich NATO-Mitglieder, aber auch die neutrale



Herbert Kickl ist für den Kanzler keine Option für eine künftige Regierung

Schweiz – in die Überwachung und in den Schutz des Luftraums investiert wird. Die Neutralität wird da nicht als Hindernis gesehen.

Herbert Kickl und die FPÖ sind gegen „Sky Shield“ und sehen die Neutralität verletzt. Für Nehammer hält diese Einstellung „für sehr bedenklich“, weil die Freiheitlichen damit gegen einen effektiven Schutz Österreichs wären.

Zusätzlich wirft er Kickl vor, den ehemaligen Verfassungsschutz BVT als ehemaliger Innenminister durch

falsche Verdächtigungen ruiniert zu haben. Die aktuellen Freisprüche im BVT-Prozess rund um einen ehemaligen syrischen General würden das belegen.

Kein Vizekanzler Kickl

Im Hinblick auf die Nationalratswahl 2024 hat Karl Nehammer für sich folgende Vorgabe gemacht: „Mein Ziel ist es, einen Bundeskanzler Herbert Kickl zu verhindern.“ Er werde alles daran setzen, dass er nach der Wahl erneut den Regierungsauftrag bekomme. Mit Herbert

Kickl als Vizekanzler? Nehammer: „Ich gehe davon aus, dass Herbert Kickl nicht als Vizekanzler zur Verfügung stehen wird.“

Eine mögliche Koalition mit der FPÖ will Nehammer nicht ausschließen. Dass Herbert Kickl so einer Regierung angehören könnte, sieht er eher nicht. „Kickl ist auch für die FPÖ ein Sicherheitsrisiko, um an einer Regierungsbildung teilnehmen zu können, weil mit ihm kein Staat zu machen ist“, sagt der Bundeskanzler.

Die derzeitige Regierung mit den Grünen sieht Karl Nehammer weiterhin als „handlungsfähig“. Das hätten in der Vorwoche die vielen Gesetzesbeschlüsse gezeigt. Man werde immer nur daran gemessen, dass das Klimaschutzgesetz und das Informationsfreiheitsgesetz noch nicht fertig sind. Auf der anderen Seite könne er darauf verweisen, dass allein im Vorjahr 259 Gesetze ver-

abschiedet worden seien. Nehammer: „Werner Kogler wird es bestätigen. Das Arbeitsklima ist sehr, sehr gut und vertrauensvoll.“

Dass der grüne Vizekanzler die Ausführungen der niederösterreichischen Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) über „normal Denkende“ als „präfaschistoid“ bezeichnet hat, beantwortet Nehammer diplomatisch. Er habe bei den Koalitionsverhandlungen und als Regierungschef viele Gesichter der Grünen kennengelernt. Einerseits seien sie pragmatisch und lösungsorientiert, andererseits dogmatisch und ideologisiert. Der Ausdruck von Kogler falle in die letztere Kategorie. Und: „Ich erspare mir solche Bewertungen gegenüber meinem Koalitionspartner.“

Die Debatte über die neue Normalität sieht er so: „Ich finde es nicht normal, dass man über Normalität so viel diskutieren kann.“

Finanzausgleich: Länderchefs werfen Bund „Hinhalten“ vor

Steuern. Bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich wird die Wortwahl schärfer. Die Landeschefs haben am Dienstag eine „Hinhaltenaktik des Bundes“ beklagt; diese sei eine Gefahr für die Daseinsvorsorge, hieß es nach einem Treffen im Wiener Rathaus, an dem vier Landeshauptleute teilnahmen. Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) kündigte außerdem eine Sonder-LH-Konferenz an. Bei dem Treffen in Wien waren Hans Peter Doskozil (Burgenland, SPÖ), Thomas Stelzer (Oberösterreich, ÖVP), Markus Wallner (Vorarlberg, ÖVP) und Gastgeber Michael Ludwig (SPÖ) dabei.

„Aufgrund der deutlich ansteigenden Aufgabenbereiche von Ländern und Gemeinden ist die Neuverteilung der gemeinsamen Ertragsanteile unerlässlich. Wir fordern daher eine Erhöhung des vertikalen Schlüssels auf 24,959 Prozent für die Länder und 14,55 Prozent für die Gemeinden. Nur so können wir eine nachhaltige Daseinsvorsorge für die Bevölkerung sicherstellen“, hieß es. Der in der Vorwoche eingebrachte Vorschlag des Bundes stelle eine Gefahr für die Versorgung der Bevölkerung dar. „Denn trotz der prognostizierten demografischen Entwicklung werden vom Bund etwa im Bereich der Pflege keine Mittel zusätzlich zur Verfügung gestellt.“

Das Finanzministerium verwies darauf, dass es bereits zusätzliche Mittel gebe. Finanzminister Brunner habe längst dargelegt, dass der Bund bereit sei, für die Bereiche Gesundheit, Pflege oder Kinderbetreuung deutlich mehr Geld in die Hand zu nehmen.



Brunner: Bund stellt für Gesundheit mehr Geld bereit

Betrugsverdacht bei Immo-Projekt: Welche Rolle spielte Ex-SPÖ-Kanzler Kern?

Wiener Unternehmen zeigt Kern und zwei weitere Personen an, fühlt sich „hintergangen“. Kerns Anwalt spricht von „Verleumdung“

Ermittlungen. Nach Sebastian Kurz ist nun ein zweiter Ex-Kanzler ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten – diesmal ein Roter: Christian Kern, Regierungschef von Mai 2016 bis Dezember 2017. Gegen ihn und zwei weitere Beschuldigte wird wegen schweren Betrugs im Zusammenhang mit einem geplanzten Immobilien-Projekt ermittelt.

Die Staatsanwaltschaft Wien bestätigte am Dienstag die Ermittlungen, über die Heute zuerst berichtet hatte.

Projekt geplatzt

Christian Kern, der nach seinem Ausstieg aus der Politik 2018 in die Privatwirtschaft zurückgekehrt ist, tritt in der Causa als Gesellschafter eines Unternehmens in Erschei-



Christian Kern soll den Deal eingefädelt haben, Partner fühlt sich „getäuscht“. Kerns Anwalt bestreitet die Vorwürfe

nung, das sich an einem Projekt beteiligt hat. Dabei ging es um die Herstellung von modularen Fertigteilen, etwa für Lagerhallen oder Bürotürme am heimischen Markt.

Das Projekt scheiterte aber. Zu den Gründen erklärt Kerns Anwalt Paul Kessler im KURIER-Gespräch, dass einer der Beteiligten (ein Wiener Unter-

nehmen) seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachgekommen sei. Deshalb habe der andere Beteiligte (ein osteuropäisches Unternehmen) nicht produzieren können.

Kerns Gesellschaft habe 200.000 Euro investiert, den Verlust aber rasch abgehakt, sagt Kessler. „Aus dem Nichts“ hätten die Wiener dann eine

Sachverhaltsdarstellung eingebracht. Darin wird Kern und zwei weiteren Personen (den Osteuropäern) schwerer Betrug vorgeworfen.

Die Vorwürfe hätten „null Substanz“, sagt der Anwalt. Kern sei nur einer von vier Gesellschaftern, habe keine Organfunktion – und derlei Verhandlungen seien Sache der Geschäftsführung. Dass sein Mandant namentlich genannt wird, liege schlicht daran, dass er „der berühmteste Kopf in der Runde“ sei. Die Wiener würden „Druck aufbauen“, um ihr Geld zurückzubekommen. Die Anzeige sei ein „Racheakt“, so Kessler.

Die Rolle von Ex-Kanzler und Investor Kern dürfte aber doch etwas intensiver gewesen sein – zumindest nach

den Schilderungen von Volker Sackmann, Anwalt des besagten Wiener Unternehmens, der Sveta Group.

„Kein Racheakt“

Kern habe den Deal entriert und eingefädelt und sich dann, kurz vor Unterfertigung des Vertrags, als Partner mit seiner Gesellschaft zurückgezogen, schildert Sackmann. Stattdessen habe Kern eine unter gleichem Namen firmierende – allerdings nunmehr slowakische – Gesellschaft als Vertragspartner empfohlen und selbst weiterhin als Ansprechpartner fungiert.

Die Verrechnung sei über Kerns österreichische Gesellschaft abgewickelt worden. In Summe habe die Sveta Group eine Million Euro über-

wiesen – wohin, entziehe sich ihrer Kenntnis. Das Projekt sei gescheitert, „weil niemand bereit war, noch mehr gutes Geld schlechtem hinterherzuerwerfen“, sagt Sackmann.

Die Anzeige sei jedenfalls kein „Racheakt“: „Die Anzeigerin fühlt sich massiv getäuscht, ausgenutzt und hintergangen.“ Für die Million habe die Sveta Group überhaupt keine Gegenleistung, also keine Bauteile, erhalten.

Das Verfahren befindet sich noch im Anfangsstadium. Die Sachverhaltsdarstellung stammt von Februar, Kern wurde im Mai vom Landeskriminalamt in Wien einvernommen. Bei Betrug in dieser Größenordnung drohen bis zu zehn Jahre Haft.

RAFFAELA LINDORFER